

BLAUER BOTE



Ihre Zeitungs-Alternative für Marzahn - Hellersdorf

Ausgabe 1 / 2022



Seite 3:



Seite 6:

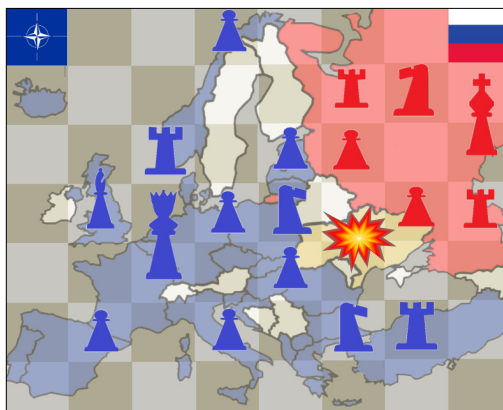


Seite 8:



Der Traum ist ausgeträumt. Es war ein typisch deutscher Traum: „Frieden schaffen ohne Waffen“. Frei nach dem Motto „Nicht kleckern, sondern klotzen“, wollte man das gleich von Lissabon bis Wladiwostok schaffen. Mit einem weiteren Mantra auf den Lippen „Sicherheit in Europa geht immer nur mit Rußland, nicht gegen Rußland“, versuchte unsere links-grüne Elite den Kreml-Herren für das eigene Weltbild zu gewinnen. Für ein realitätsfremdes Weltbild, welches am 24. Februar um 5 Uhr morgens in sich zusammenbrach. Nun reift langsam die Erkenntnis, daß die Zeit, in der man sich solche Kindereien wie Genderismus, Sexismus, political Correctness, Sexualpädagogik der Vielfalt und u.a.m. erlauben konnte, wohl vorbei ist. Die Republik hält den Atem an: Werden die Ampelkoalitionäre die Abkehr von ihrer Fabelwelt schaffen? Die Nachrichtensender verkünden das Unglaubliche: Die links-grünen Pazifisten scheinen sich in der Tat zu häuten – aus den Abrüstern werden Aufrüster, der Zauderer Scholz zaudert nicht mehr und der Klimaretter Habeck denkt laut darüber nach, die noch verbliebenen Atommeiler, weil ver-

gleichsweise klimafreundlich, vorerst nicht abzuschalten. Angesichts dieser Metamorphose kommt kein Kommentar mehr ohne Begriffe wie Zeitenwende, Epochenbruch, Paradigmenwechsel aus ... Die große Frage harrt



Ukraine – Land zwischen zwei Großmächten einer Antwort: Wird der alte weiße Mann Scholz seinem links-grünen Team die neue Realität erklären können? Als 1999 ein anderer weißer, inzwischen auf Abwege geratener alter Mann, Gerhard Schröder, Serbien bombardieren ließ, zerriß das die Grünen fast. Wäre man zynisch, könnte man an die Adresse Putins fast sagen: Danke, Wladimir Wladimirowitsch, daß du unsere blauäugige Elite aufge-

weckt hast! Doch ob aufgeweckt oder nicht, viel wichtiger ist folgendes festzuhalten: Wir sind Zeitzeugen des Bankrotts der linksgepolten Träumer – von Claudia Roth bis zur Mutti der Nation Angela Merkel.

Der Krieg, der uns alle in Angst und Schrecken versetzt, war nicht „alternativlos“. Daß er dennoch ausbrach, darin haben der Westen und Deutschland als dessen Bestandteil mehr als nur eine Aktie. Weitsichtige Politiker warnten vor dem Vorrücken der Nato in Richtung Rußland. Daß der Bruch des Versprechens, das zu unterlassen, das Erstarren des Nationalismus in Rußland zur Folge haben würde, lag auf der Hand. Man beirauschte sich jedoch am Gefühl seiner vermeintlichen Stärke. Rußland habe schließlich den Kalten Krieg verloren, es sei schwach und von nun an kaum mehr als nur eine regionale Macht. Daß die Russen eines Tages womöglich eine Antwort auf diese Demütigung geben würden, wollte man nicht wahrhaben. Nur wer die russische Geschichte nicht kennt, vermag auch nicht zu begreifen, was Kiew als Wiege der russischen Staatlichkeit, oder

(Fortsetzung auf Seite 2)



BLAUER BOTE Marzahn - Hellersdorf





(Fortsetzung von Seite 1)

Sewastopol, die im Krimkrieg und während des Zweiten Weltkrieges um den Preis unzähliger Opfer verteidigte Versorgungsbasis der russischen Schwarzmeerflotte, für jeden Russen bedeuten. Die Vorstellung, daß in Sewastopol nach dem Eintritt der Ukraine in die Nato amerikanische Kriegsschiffe vor Anker gehen könnten, ist nicht nur für Putin ein Alptraum.

1992 sagte Boris Jelzin in seiner Rede vor dem amerikanischen Kongreß voraus: „Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß die Entscheidung des russischen Volkes für die Demokratie nicht enttäuscht wird. Die Freiheit, für die wir heute in Rußland kämpfen, ist auch ihre Freiheit. Wenn unsere Reformen scheitern, wird uns das allen später teuer zu stehen kommen.“ Weder der Westen, noch die deutsche po-

litische Klasse nahmen diese Prophetie ernst. Dabei lag es im ureigensten Interesse des Westens, Rußland beim Übergang von der Autokratie zur von Gorbatschow begonnenen Perestroika nach der Art des Marshall-Plans zu unterstützen. Das wurde jedoch nicht einmal in Erwägung gezogen. Daß heute fast 80 Prozent der Russen an der Seite Putins stehen, ist die Konsequenz davon. Wie teuer sie uns zu stehen kommen wird, wissen wir noch nicht.

Dr.
Sergej Henke.



Das Gebaren hilfloser Altparteien

Es zeugt schon von Feigheit und Schwäche, sich vor einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu scheuen.

Sie erinnern sich, vor einigen Jahren, bevor die AfD in alle Kreis- und Landesparlamente und auch in den Bundestag einzog, tönnten die Altparteien überheblich: Soll sie nur kommen, die AfD! Wir werden sie in Debatten mit Fakten widerlegen! Doch das haben sie nicht zustande gebracht.

Denn viele sachliche und kritische parlamentarische Anfragen und Anträge der AfD sprachen offen, direkt und unvoreingenommen bestehende Probleme an – so wie es eine echte Opposition tun sollte. Zum Beispiel die desaströse EURO-Politik, die zu einer praktisch unendlichen Verschuldung und Verarmung künftiger Generationen führt. Oder die chaotische Flüchtlingspolitik des Jahres 2015 und danach, bei der aufgrund offener Grenzen statt Kriegsflüchtlingen hauptsächlich Wirtschaftsmigranten ins Land gekommen sind, die noch lange die Sozialsysteme belasten werden. Oder die absurde Energiepolitik, die den deutschen Steuerzahlern die höchsten Energiepreise beschert, das weltweite Klima jedoch in keiner Weise rettet, dafür



aber für breite Schichten der Bevölkerung Energie zu einem Luxusgut werden lässt.

Solcher Kritik wollen sich die Verantwortlichen der Altparteien natürlich nicht stellen.

Die unruhliche Taktik ist es nun, einfach grundsätzlich und letztendlich alle AfD-Anfragen und Anträge einfach und pauschal abzulehnen. Zum Beispiel ein Antrag auf eine 30-km/h-Zone vor einer Kita: abgelehnt.

Kurios sind jedoch die verbalen Verrenkungen, die die Redner jedes mal von sich geben. „Wir können den Sinn nicht erkennen...!“, „Vielleicht gut gemeint, aber schlecht formuliert.“, „Das muss erstmal mit einem Gutachten überprüft werden.“, „Sie versuchen, die Missstände zu instrumentalisieren!“ usw.

Bei allem Respekt, verehrte „Genossen“! Spart Euch doch Euer Geschwurbel und uns allen die Zeit. Sagt es doch, wie es ist: Wir wissen es nicht besser, als alles was von der AfD kommt, abzulehnen. Auch dann, wenn es für die Bürger gut wäre.

In Bezug auf die AfD sind sich alle grundsätzlich einig, sie fürchten die Wahrheit, sie fürchten Machtverlust.

Konrad Schneider



Während diese Zeilen geschrieben wurden ...

... herrscht bereits zwei Wochen Krieg in Europa und die Folgen spüren wir direkt hier bei uns vor der Haustür in Marzahn-Hellersdorf. Uns erreicht eine Flüchtlingswelle in einem Ausmaß, das wir nach dem zweiten Weltkrieg so noch nicht gesehen haben. Es sind bereits über 2 Mio. Ukrainer auf der Flucht. Berlin stößt bereits jetzt an die Grenzen der Belastbarkeit.

Berlin hat die Grenzen der Belastbarkeit bereits überschritten. Das liegt auch daran, dass immer noch Migranten aus aller Herren Länder nach Deutschland kommen und das abgelehnte Asylbewerber in Berlin fast nie abgeschoben werden. Die Unterkünfte sind bereits jetzt überbelegt und eine europäische Lösung ist nicht in Sicht. Gleichzeitig sehen wir, dass plötzlich russische Einrichtungen angegriffen werden und russischsprechende Menschen Diskriminierung erfahren – auch bei uns im Bezirk. So wurde am vergangenen Freitag ein Feuer an der Internationalen Lomonossow-Schule gelegt, bei dem zum Glück niemand zu Schaden kam.

Die Junge Alternative Berlin hat sich daher kurzfristig dazu entschlossen,

zu helfen. Wir riefen zu Sach- und Geldspenden auf. Die Resonanz war groß! Wir sammelten insgesamt über 3000€ Geldspenden und erhielten viele Sachspenden in Form von Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Medikamenten.

Diese Aktion diente nicht nur den ukrainischen Flüchtlingen, sondern wurde auch zu einem „interkulturellem“ Zeichen des Zusammenhaltes. Nachdem wir zu Spenden aufriefen, meldete sich ein russischer Supermarkt, der bereitwillig an uns die Lebensmittel zum Einkaufspreis weiterverkaufte. Der Betreiber sprach davon, dass ihn viele russischsprachige Menschen kontaktierten, weil sie diskriminiert werden. So hätte ein Lehrer bereits seine ukrainische Geburtsurkunde vorweisen müssen, damit er beweisen konnte, dass er nicht aus Russland komme. Dies habe den Ladenbesitzer bewegt und er wolle nun für Zusammenhalt plädieren.

Die Situation der russischen Supermärkte ist prekär. Vieler ihrer Lebensmittel werden in der Ukraine, und nicht in Russland, hergestellt. Aufgrund des Krieges sind die Lieferketten unterbrochen. Andere Lebensmit-

tel werden wiederum in Polen, Litauen oder Deutschland produziert, werden aber von Edeka und den anderen großen Abnehmern boykottiert. Die Situation ist völlig absurd und zeigt den falschen Aktionismus unserer Gesellschaft auf.

Der ukrainische Verband „Zentralrat der Ukrainer in Deutschland e.V.“ nahm unsere Spenden sehr gern an – auch mit russischem Etikett. Denn jetzt ist die Versorgung und Hilfe vor Ort wichtiger als falsch gesetzte Zeichen eigener (In-)Toleranz.

Wir hoffen, dass dieser Krieg ein baldiges Ende findet und wir wieder Frieden in Europa haben.

Wer weiterhin helfen möchte, kann dies in unserem Bezirk tun. Die Sammelstelle befindet sich an der B1 am Kiosk in Hoppegarten.

Vadim Derksen
Stellvertretender
Vorsitzender
Bezirksverband
Marzahn Hellersdorf
Vorsitzender der
Jungen Alternative
Berlin



Wir helfen. Hier und vor Ort.

Die Hilfe kommt an. Konkret.



Einkaufen!



Einpacken!



Hinbringen!

Helfen



JUNGE ALTERNATIVE

auch Sie?

Berliner Sparkasse

Empfänger: Junge Alternative Berlin
IBAN: DE05 1005 0000 0190 2934 97
BIC: BELADEBEXXX
Stichwort: Ukrainehilfe



Unsere Direktkandidatin im Abgeordnetenhaus:

Jeannette Auricht

Verdichtung nimmt zu - Wohnqualität nimmt ab!



VORHER:

Völlig verbaut!

So geschieht es und wird es vielen Marzahnern noch geschehen: Gestern noch ein Blick ins „Grüne“ - heute alles zugebaut.



NACHHER:

Marzahn-Hellersdorf: Ein grüner, luftiger und geräumiger Bezirk. Die Stadtplaner des Bezirks haben damals vorausschauend gehandelt: Schaffung von viel Wohnraum und gleichzeitig von Wohnqualität durch weiträumige Bebauung mit vielen Grünflächen und entsprechender Sozial- und Infrastruktur.

Die weiträumigen grünen Innenhöfe haben nämlich ihren guten Zweck: Frischluft, Erholungs- und Spielplätze für Alt und Jung. Sogar Parkplätze in Wohnnähe für die individuelle Mobilität wurden vorgesehen.

Grünflächen sind Lebensqualität.

Doch diese zukunftsorientierte Bebauung wird nach und nach der kurzsichtigen, planlos-chaotischen Verdichtungsbebauung des Senats geopfert. Man verschwendet kostbare städteplanerische Ressourcen weil man zu einer geschickten und nachhaltigen Planung weder willens noch in der Lage ist.

Man macht es sich einfach und baut alles zu.



Wahlkreisbüro
Jeannette Auricht
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Telefon: 030 76239809
auricht@afd-fraktion.berlin
www.jeannette-auricht.de

Folgende Generationen werden es zu spüren bekommen: Eine weitere Abwertung unseres Bezirks—Wer will hier dann noch wohnen?

Die Pläne des Senats und des Bürgeramtes sehen jedoch unbeirrt eine zunehmende „Verdichtung“ vor. Das bedeutet, jede verfügbare Grünfläche, jeder Parkplatz, jeder Kleingarten, jeder Innenhof und auch Brachen sollen immer mehr mit Wohnungen bebaut werden. Außerdem sollen vorhandene Wohnhäuser und Supermärkte aufgestockt werden. Um so problematischer kommt, das vorrangig nur der reine Wohnungsbau erfolgen soll, Sozial- und Infrastruktur aber nicht mitentwickelt werden.

Die AfD lehnt derartige Pläne zur willkürlichen flächendeckenden Verdichtungsbebauung ab.

Wohnungsbau ist wichtig und notwendig, muss aber so erfolgen, dass sich bestehende Wohnverhältnisse nicht verschlechtern.

AfD: Keine Verdichtung zu Lasten der Wohnqualität!

Wir als AfD wollen dafür sorgen, dass auch für künftige Generationen gern in Marzahn-Hellersdorf wohnen.

AfD: Für Wohnqualität! Keine Verdichtung.



Unser Direktkandidat im Abgeordnetenhaus: Gunnar Lindemann Ortsumfahrung Ahrensfelde bürgerfreundlich realisieren

Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf Betreiben des Abgeordneten Lindemann sich für eine bürgerfreundliche Lösung im Zusammenhang mit der Ortsumfahrung Ahrensfelde eingesetzt. Der damalige Antrag, die Variante „Kemberger Straße“ zu prüfen, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Besonders hervorzuheben in Sachen „Wählertäuschung“ hat sich seitdem „Die Linke“. Während auch sie als Regierungspartei den bürgerfreundlichen AfD-Antrag abgelehnt hatte, wurde sie doch während des Wahlkampfes nicht müde, so zu tun, als sei auch sie an einer bürgerfreundlichen Alternative zur geplanten „Troglösung“ interessiert. Zuletzt versprach die Linkspartei sogar einen „Bürgerbeirat“, obwohl die zuständige Senatsverwaltung fast gleichzeitig in der Beantwortung einer

schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Lindemann einräumte, dass ein „Bürgerbeirat“ nicht vorgesehen sei. Die AfD hat im Wahlkampf versprochen, sich weiterhin für eine bürgerfreundliche Variante einzusetzen – und sie hat Wort gehalten. Mittlerweile wurde von der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ein erneuter Antrag dahingehend eingebracht, die Variante „Kemberger Straße“ zu prüfen. Der Antrag liegt derzeit im Verkehrsausschuss. Wir werden Sie selbstverständlich darüber informieren, ob die rot-grün-rote Koalition unserem Antrag diesmal entspricht, oder ob sie ihn ein weiteres Mal ablehnt und damit zur Schau stellt, in welchem Ausmaß sie die Menschen in Marzahn-Nord mit falschen Versprechungen hinter's Licht führt.

Weitere Hintergrundinformationen finden Sie unter: [➔](#)



Gunnar Lindemann
Bezirksvorsitzender

Wahlkreisbüro
Gunnar Lindemann
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Telefon: 030 52686873
lindemann@afd-fraktion.berlin
www.gunnar-lindemann.de

Der alltägliche Stau kostet Zeit und Sprit



Unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung

Vorsicht Sozialismus!

In der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf am 24.02.2022 hat es sich wieder mal offenbart:

Linke benutzen zunächst das fortschrittliche bürgerliche Demokratieverständnis, um ihre eigene Ideologie zu verbreiten. Sobald sie sich aber selbst in der Mehrheit wähnen, ist Schluss mit Demokratie. Andersdenkende werden bekämpft und es wird versucht, Kritiker mundtot zu machen.

Während der letzten Legislaturperiode existierte in unserem Bezirksparlament noch ein gewisses Gleichgewicht zwischen links und rechts, also zwischen kommunistischen und bürgerlichen Kräften. Entscheidungen kamen nur unter Zustimmung von Beteiligten des gesamten politischen Spektrums zustande. Das ist der Sinn der Demokratie.

In dieser Wahlperiode ist es den Linken jedoch gelungen, mit der SPD und den Grünen, aber auch mit einst eher bürgerlichen Parteien, wie die FDP und der Tierschutzpartei eine so-

nannte „Zählgemeinschaft“ zu bilden, die eine absolute Stimmenmehrheit darstellt. Sofort wurden schon bei der Besprechung über die Verteilung der Ressorts im Bezirksamt CDU und AfD einfach ausgegrenzt und nicht einmal offiziell über die Ergebnisse informiert. Auf Nachfrage dann: Es ist längst alles beschlossen, wir brauchen Euch nicht mehr. Das ist typisch links.

Dieselbe „Zählgemeinschaft“ ist es auch, die **fast immer gegen alle** Kandidaten für Stadtrat, Ausschussbesetzungen und Bürgerdeputierte aber auch gegen **alle** Anträge der AfD stimmt – wie auch in der gestrigen Sitzung. Das ist schon sehr auffällig.

Ja, heißt es dann zwar, ist alles ganz demokratisch, jeder Verordnete kann sich bei den Abstimmungen persönlich „frei“ entscheiden. Aber so „frei“ ist es mit der „freien“ Entscheidung natürlich nicht. Glauben Sie, dass wirklich **jeder** Verordnete der Zählgemeinschaft persönliche Gründe hat, wirklich derart pauschal gegen die Kandidaten der AfD zu stimmen?

In anderen Bezirken Berlins und sogar im Bundestag ist es auch nicht anders. Wird da nicht doch ein gewisser innerer Druck auf die Wahlberechtigten ausgeübt? Die Vermutung liegt nahe, so wie man das aus der DDR und von anderen kommunistischen Regimen kennt.

Die Verordneten der linken Zählgemeinschaft berufen zwar sich auf ihr Recht zu freien Abstimmung, aber wenn sie dieses Recht bewusst und systematisch zum Ausschluss demokratisch anderer gewählter Volksvertreter von immerhin über 16 % der Wähler Marzahn-Hellersdorfs missbrauchen, dann ist das undemokratisch, verantwortungslos und durchschaubar ideologisch.

Diejenigen Kleinstparteien, die bei der Wahl 2021 das Zünglein an der Mehrheits-Waage waren, mögen wohl jetzt im Machtrausch schwelgen. Sie sollten aber bedenken, was passiert, wenn auch sie für eine Mehrheit irgendwann nicht mehr gebraucht werden.

So kann die Demokratie dahin gehen.

Konrad Schneider



Ein Gespenst geht um in Marzahn-Hellersdorf!

Fraktionsbüro
AfD-Fraktion in der
Bezirksverordnetenver-
sammlung von
Marzahn-Hellersdorf

Telefon: 030 90293 5832

email@afd-fraktion-mah.de
www.afd-fraktion-mahe.de

Impressum:

AfD
Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
Kurfürstenstraße 79
10787 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
Handy: +49 (0) 157 864 22 444
Email: email-mahe@afd.berlin
V.i.d.S.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweis: eigene, pixabay



Unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus

Asylunterkünfte sind zu nahezu 100 Prozent ausgelastet – Landesaufnahmeprogramm (LAP) für Afghanen streichen



Berlin führen wird. Umso wichtiger ist es, statische Landesaufnahmeprogramme zu stoppen und gleichzeitig abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschieben.

Der Senat ist nun gefordert, die Realitäten im Land Berlin in Bezug auf die Aufnahmekapazitäten für Migranten zur Kenntnis zu nehmen und Platz für diejenigen zu schaffen, die unsere Hilfe im Sinne der geltenden Rechtslage tatsächlich benötigen.

Nur so kann Platz für diejenigen geschaffen werden, die aktuell und ganz objektiv in Not sind und denen auch ein gesetzlich verankertes Asylrecht zusteht.

Gunnar Lindemann

Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Antrag eingebracht, wonach das Landesaufnahmeprogramm für Afghanen ersatzlos zu streichen ist. Der Abgeordnete Lindemann teilt hierzu mit: „Die Berliner Notunterkünfte sind bereits zu fast 100% ausgelastet. Wir halten es sowohl für die Bevölkerung, als auch für die Migranten für unzumutbar, wenn der Senat die Aufnahmeexzesse in dem

bisherigen Ausmaß beibehält und die Menschen wie 2015 in Turnhallen oder ähnlichem unterbringt.“

Auch der mehr als angespannte Berliner Wohnungsmarkt lässt eine Unterbringung weiterer Migranten in Berlin schlicht nicht zu. Hinzu kommt die unübersichtliche und schwer vorherzusehende Situation in der Ukraine, die möglicherweise zu einer weiteren Belastung der Aufnahmekapazitäten in

Alternative
für
Deutschland

AFD-FRAKTION
BERLIN

Fraktionsbüro
AfD-Fraktion im Berliner
Abgeordnetenhaus
Telefon: 030 2325 - 2623
info@afd-fraktion.berlin
www.afd-fraktion.berlin

Bereits über 35.000 Mitglieder!

**MACH MIT!
VERÄNDERE
DIE POLITIK!**

Alternative
für
Deutschland



Energiepreisbremse jetzt!



Seit Wochen steigen die Preise für Öl, Gas und PKW-Kraftstoffe ins Unermessliche. Viele von uns können sich diese Wucherpreise mittlerweile nicht mehr leisten. Mit dem Krieg in der Ukraine hat dieser Zustand relativ wenig zu tun. Denn: Der Spritpreis an den Tankstellen besteht nur zu rund 30% aus dem reinen Produktpreis. Knapp 70%

davon sind Steuern! Unsere Nachbarländer machen es uns vor: Sie senken die Steuern auf Energieträger, damit sie für Bürger und Unternehmer bezahlbar bleiben. Nur in Deutschland scheint das bisher nicht zu klappen. Wir fordern eine sofortige Energiepreisbremse! Dies funktioniert nur, wenn die Steuern auf Energieträger spürbar gesenkt werden. Geschieht das nicht, wird es zu schweren Verwerfungen kommen. Nicht nur bei uns, den normalen Bürgern. Sondern auch in der Wirtschaft, bei den Lieferketten usw. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihren Amtseid zu erfüllen, nämlich „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“. Nicht irgendwann, sondern jetzt!



Martin Koblichke

Frohe Ostern!

Wir leben in bewegten Zeiten. Jeden Tag werden uns neue Katastrophen gemeldet - Krankheiten, die unbesiegtbar scheinen, Kriege, die Menschen in die Flucht treiben. Hier gibt es Armut, dort Ungerechtigkeit. Hört das jemals auf oder wird alles noch schlimmer?

„Die gute alte Zeit“ oder „Ja, damals war alles besser“ – Wahrheit oder Projektion?

Wenn wir unsere Eltern oder Großeltern fragen, können sie von Bedrohungen und Ängsten berichten, egal, wie weit wir in der Geschichte zurückgehen.

Wie kann es sein, dass nach jeder Katastrophe Menschen aufgestanden sind, die Hoffnung hatten, Nächstenliebe statt Hass geben konnten, aufgebaut haben, statt über Verlorenes und Zerstücktes geklagt haben?

Einige junge Leute halten sich für „Die letzte Generation“ und verkünden das Ende allen Lebens. Das ist so alt wie die Menschheit.

Dem möchte ich ein Wort aus der Bibel entgegensetzen: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und



Winter, Tag und Nacht“ aus 1. Mose 8, 22

Wenn ich die ersten Frühblüher sehe, weiß ich, das Leben erwacht, die Tage werden wieder länger. Ostern steht auch dieses Jahr wieder vor der Tür. Ja, und auch dieses Mal wird auf das Frühjahr der Sommer folgen. Angst und Verzweiflung werden vergehen

und Hoffnung und Mut werden wieder da sein.

Vergessen wir nicht, dass der Alltag weitergeht. Nehme ich mir Zeit für meine Kinder? Wie geht es meinem Partner? Oder denke ich nur an mich? Brauchen meine alten Eltern Hilfe? Wie kann ich Gutes bewirken? Habe ich ein freundliches Wort für meinen Nachbarn?

Was geschieht in meinem Bezirk? Wo bin ich gefragt und kann die Welt ein wenig besser machen?

„Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“ So heißt es im Talmud, einer wichtigen Schrift des Judentums.

Mut und Hoffnung wünsche ich allen Marzahnern und Hellersdorfern.



Ihre
Maria Arlt

